

Landespressekonferenz am 19. August 2024

GEW NRW zum Beginn des Schul- und Kita-Jahres 2024/25

Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Nach der Pressekonferenz der Ministerin Feller in der vergangenen Woche möchte ich heute unsere Sicht auf das kommende Schul- und Kitajahr vorstellen.

Gerne beziehe ich mich dabei auch auf die Pressekonferenz der Schulministerin in der vergangenen Woche. Lassen Sie mich eins vorwegschicken: Wir begrüßen die meisten von ihr vorgestellten Vorhaben zum Screening und der Sprachförderung. Screening und Diagnostik sind wichtige Instrumente, um zielgenau und bedarfsgerecht zu fördern. Doch bringen sie nichts, wenn es kein Personal gibt, das Förderempfehlungen umsetzen kann. Unabhängig davon, wer an der Regierung ist, scheint es eine bildungspolitische Tradition zu sein, Projekte auf den Weg zu bringen, ohne dafür zu sorgen, dass die personellen Voraussetzungen und das Fundament vor Ort stimmen. Erneut zeigt sich, dass diese Vorhaben nur funktionieren, wenn Beschäftigte über ihre Belastungsgrenzen hinaus gehen. Zusätzlich die Eltern in die Pflicht zu nehmen, wird kein Problem lösen, da wir ja bereits wissen, dass solche Förderung sozial selektiv umgesetzt werden. Darüber hinaus hat die Ministerin zu den großen drängenden Problemen nichts gesagt: nichts zur Bildungsfinanzierung, nichts zum Fachkräftemangel, die doch entscheidend dafür sind, Chancengleichheit zu ermöglichen. Im Kern geht es um zwei Fragen, die unbeantwortet blieben: Wie überwinden wir die soziale Schieflage, die für

ungleiche Bildungschancen sorgt? Denn derzeit reproduziert unser Bildungssystem die Bildungsungerechtigkeit und verfestigt sie. Und wie kommen wir zu einer Politik, die endlich mehr in Bildung investiert, um den Fachkräftemangel und die schlechte Ausstattung zu kompensieren.

Fakt bleibt: Schule und Kita sehen sich gleichen Grundproblemen gegenüber. Sie sind absolut unzureichend ausgestattet und leiden unter gravierendem Fachkräftemangel. Beide Bereiche sind auf Kante genäht – zum Nachteil der Kinder und Jugendlichen, der Lehrkräfte und Erzieher*innen. Trotzdem wurden die immense Belastung im System und die wichtige politische Bildung von der Ministerin ausgespart.

Zunächst möchte ich allen Lehrkräften, Erzieher*innen, Schulsozialarbeiter*innen, allen Bildungsbeschäftigten, natürlich auch den Schüler*innen und ihren Eltern einen guten Start in das neue Schul- und Kitajahr wünschen. In einer Zeit, in der unser Bildungssystem vor enormen Herausforderungen steht, zeigen Sie täglich, was es bedeutet den Lehr- und Lernalltag gemeinsam zu bewältigen. Das verdient größten Respekt!

Leider zeigen die übrigen Ergebnisse unseres Bildungssystems, ähnlich wie beim Medaillenspiegel der deutschen Mannschaft bei Olympia, eine absteigende Tendenz. Die Klagen der Hochschulen und Handwerksbetriebe über unzureichende Leistungen der Schulabgänger*innen sind in verschiedenen Vergleichsstudien belegt und geben Anlass, sich ernsthaft Sorgen zu machen.

Sorgen mache ich mir vor allem wegen der anhaltenden nostalgischen Selbstgefälligkeit der Entscheider, die offenbar glauben, dass es schon irgendwie gut geht und die Verantwortung möglichst weiterreichen. Wie

ich zu dieser Einschätzung komme, möchte ich im Weiteren kurz anreißen und verweise für die Details auf unsere Pressemappe.

Was die Bildungsfinanzierung angeht, ist NRW im Länder-Ranking seit Jahren Schlusslicht. Aus unerfindlichen Gründen hält die Landesregierung an der Unterfinanzierung fest - hier reicht ein Blick in den Haushaltsentwurf 2024. Und die Vorankündigungen für den kommenden Haushalt lassen keinesfalls Verbesserungen erwarten – im Gegenteil!

Lassen Sie mich ein Beispiel für die Unterfinanzierung geben: Bereits heute liegen in NRW die jährlichen Ausgaben pro Schüler*innen mit 8.300 € um 900 € unter dem Bundesdurchschnitt. Würde die Landesregierung hier nur Mittelmaß avisieren, wären zusätzliche 2,3 Milliarden € innerhalb eines Jahres notwendig. Und das für Mittelmaß! Hier wird die verfehlte Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte einmal mehr deutlich. Es sollte uns allen klar sein, dass die jetzige Situation derart ernst ist, als dass wir uns nicht in Symbolpolitik und Scheinlösungen verlieren dürfen. Nur wenn die Rahmenbedingungen politisch verändert werden, gibt es die Chance auf eine nachhaltige Lösung. Meine Erwartung an die Landesregierung ist daher, dass sie ihren Worten Taten folgen lässt und sichtbar Prioritäten zugunsten nachhaltiger Bildung setzt.

Und im Koalitionsvertrag finden sich gute Ansätze! Versprochen wurden etwa

- ein drittes beitragsfreies Kita-Jahr
- Beitragsfreiheit beim Kita-Essen
- 10.000 zusätzliche Lehrkräfte
- Mindeststandards im Ganzttag sichern sowie eine schulrechtliche Verankerung über ein Ausführungsgesetz zum Rechtsanspruch auf einen Platz im Offenen Ganzttag ab 2026

Herr Wüst hat Bildung zur Chefsache erklärt. In der Umsetzung bedeutet dies: Ein bildungspolitisches Versprechen nach dem anderen fällt dem haushaltspolitischen Spardiktat zum Opfer. Und noch schlimmer: Anstatt selbst zu handeln, hat die Landesregierung die eigene Verantwortung an die Kommunen, Schulträger und Schulen delegiert. Dabei hatte sich die Koalition mit einer Ganztagsoffensive auf den Weg gemacht und ein Ausführungsgesetz mit Mindeststandards, unabhängig der Finanzkraft der Kommunen, versprochen. Damit hätte der Grundstein für eine qualitativ hochwertige und personell gut ausgestattete Ganztagsbetreuung- über die Legislaturperiode hinaus-gelegt werden können.

Ab 2026 wird es einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der ersten Klasse geben. Ohne Mindeststandards, ohne Sicherung der Qualität und ein Fortsetzen des bestehenden Flickenteppichs. Der Ganztags ist eine echte Chance für mehr Chancengleichheit. Eine enge Verknüpfung von Schule und Ganztags kann dazu führen, dass Kinder besser gefördert werden können. Als Bildungsangebot verstanden kann der Ganztags ein Gamechanger werden, wenn der Rechtsanspruch richtig ausgestaltet wird. Die Kommunen werden mit vielen Fragen allein gelassen. Auch hier wird sich der Fachkräftemangel bemerkbar machen, da auf einmal Kitas und Ganztags in Konkurrenz zueinanderstehen werden.

Eigentlich befinden wir uns auf der Zielgeraden zur Umsetzung des Rechtsanspruchs. Wenn man sich aber anschaut, was politisch bisher geregelt ist, kann man den Eindruck bekommen, das Rennen wäre noch nicht gestartet. Die Landesregierung hatte die Chance durch eine gesetzliche Regelung, wie im Koalitionsvertrag versprochen, die Qualität des Ganztags entscheidend voranzubringen. Wenn der Ganztags nicht nur als Betreuungs-, sondern vor allem als Bildungsangebot verstanden würde,

könnte er ein Schlüsselement für mehr Chancengleichheit sein. So scheint der Ganzttag zum Stiefkind der Ministerinnen Feller und Paul zu werden!

Als GEW NRW haben wir jahrelang ein Instrument zur Steuerung von finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen - nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich zu behandeln“ - gefordert: Den schulscharfen Sozialindex. Denn die Bedarfe der Schulen sind unterschiedlich. Eine Schule nördlich der A40 ist nicht mit einer südlich der A40 zu vergleichen. Dort, wo der Bedarf am größten ist, muss auch mehr ankommen, damit sich die soziale Ungleichheit in der Bildung nicht weiter verschärft. Dass der Sozialindex keine eigene Haushaltsstelle hat und es für ihn keine zusätzlich zu verteilenden Ressourcen gibt, konterkariert die grundlegende Idee. Auch hier erwarte ich mehr Mut im nächsten Haushalt.

Ganz ähnlich verhält es sich beim Startchancenprogramm. Das Startchancenprogramm begrüßen wir grundsätzlich, weil der Ansatz richtig und wichtig ist. Allerdings bezweifeln wir die Wirkung in der Breite. Wir können es uns nicht erlauben, einzelne Schulen zu stärken und andere Schulen mit ihren Schüler*innen allein zu lassen. Ungleiches muss ungleich behandelt werden, und zwar in der Fläche! Wir brauchen die Steuerung der Ressourcen nach einem Sozialindex, der alle Schulen in den Blick nimmt und ihnen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellt, die sie brauchen, um mit den sozialräumlichen Herausforderungen gelingend umzugehen und ihren Schüler*innen die Förderung zukommen zu lassen, die sie brauchen. Die Ministerin begrüßt die wenigen Leuchttürme, die hier entstehen. Wir brauchen aber keine Leuchtturmprojekte, sondern ein Programm, dass jede Schule zu einem Leuchtturm macht. Das muss doch

der Anspruch von Bildungspolitik sein! Eine Schule, die deutlich besser ausgestattet ist, kann doch kein Modell sein!

Leider nimmt die Landesregierung die Gelder des Startchancenprogramms gerne an, ohne ihren Anteil daran zu leisten: Die Anrechnung der bereits verplanten Mittel zum Schulversuch Talentschule ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung. Herr Wüst zeigt so gerne nach Berlin, aber hier hat Berlin geliefert und jetzt ist es an der Zeit seinen eigenen Anteil zu leisten und sich nicht hinter Rechenspielchen zu verstecken!

Das ist alles sinnbildlich für das Agieren dieser Landesregierung: Es fehlt an Entschlossenheit und dem notwendigen Weitblick über die eigene Regierungszeit hinaus. Und das ist wirklich besorgniserregend: Denn eine Bildungsbiografie endet nicht mit der Legislatur der einen Regierung und beginnt mit einer neuen Regierung von vorne. Die bestmögliche Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen ist eine Investition in die Zukunft und die geht bekanntermaßen über Legislaturperioden hinaus.

Deshalb brauchen wir einen Bildungsetat, der losgelöst vom Haushalt ist und über zehn Jahre Investitionen absichert! Hier wäre mit Sicherheit auch fraktionsübergreifender Konsens herzustellen. Dann kann Herr Wüst sich tatsächlich auf die Fahne schreiben, dass er Bildung zur Chefsache und sich um die Zukunft der Kinder in diesem Land verdient gemacht hat. Das würde ich uns allen und insbesondere den Kindern und Jugendlichen wünschen!

Die Ministerin ist leider nicht auf die enorme Belastungssituation der Kolleg*innen eingegangen. Im Frühjahr habe ich hier eine Zahl vorgestellt: Im Durchschnitt geben die Beschäftigten an Schule ihre Belastung auf einer Skala von 0-10 mit 8,21 an! Bei der Belastung ist es kein Wunder, dass

sich die Zahl der Berufsaussteiger*innen über die letzten Jahre verdreifacht hat: Letztes Schuljahr haben 930 Lehrkräfte, davon über 280 verbeamtet, ihr Dienstverhältnis gekündigt und haben der Schule den Rücken gekehrt. Ein schwerwiegender Schritt, den man oft nur geht, wenn man nicht mehr kann und die Hoffnung auf Besserung verloren hat. Das ist nicht mit einem normalen Jobwechsel zu vergleichen. Wer den Lehrkräftemangel ursächlich bekämpfen will, muss die Arbeitsbedingungen und die Überlastung in den Fokus nehmen und dringend für Entlastung sorgen. Alles andere würde ein Ausblenden der gelebten Wirklichkeit bedeuten.

Auch das Kindergartenjahr hat bereits begonnen mit desaströsen Aussichten. Eine Antwort des Ministeriums auf eine kleine Anfrage hat ergeben, dass sich die Anzahl der Kitas, die Stunden reduzieren oder schließen mussten, von Juni 2023 bis Juni 2024 mehr als verdoppelt hat – von knapp 900 auf über 2000! Mehrere zehntausend Familien sind betroffen! Dabei ist der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz mittlerweile zehn Jahre alt. Man möchte meinen: ausreichend Zeit, um dafür zu sorgen, dass Kitaplätze bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden mit ausreichend gut qualifiziertem Personal. Derzeit klaffen aber Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Ein Anspruch, der lediglich auf dem Papier Bestand hat, hilft den Eltern und Kindern nicht. Bildung fängt nicht erst in der ersten Klasse an, Bildung fängt im Elementarbereich mit der frühkindlichen Bildung in der Kita an. Es ist daher zwingend, dass die Politik ihrer Fürsorgepflicht nachkommt und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt, damit alle Kinder gute Start- und Bildungschancen haben.

Als Bildungsgewerkschaft haben wir für Schule und Kita im letzten Schuljahr konkrete und umsetzbare Maßnahmen erarbeitet, die für mehr Fachkräfte im Bildungssystem sorgen können. Die Details finden Sie in

unserem Positionspapier. Unsere Vorschläge sind leider nur ansatzweise übernommen worden.

Lassen sich mich noch kurz etwas zu den Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichts Münster sagen, die wir seit zwei Wochen kennen. Ich möchte hier gar nicht mit Häme reagieren, denn dafür ist das Thema viel zu ernst. Wie Sie wissen, bin ich keine Unterstützerin der Abordnungen. Ich halte sie für das falsche Instrument, weil der Mangel so nicht ursächlich bekämpft wird, sondern Mangel nur verschoben wird. Wenn man sich aber für diesen Lösungsweg entscheidet, wie es das Ministerium getan hat, dann muss man ihn richtig begehen. Warum hat man nicht von Beginn an Kriterien für Abordnungen definiert? Etwa nach Sozialpunkten, wie es sich im Referendariat bewährt hat. Wenn zu politischen Fehlentscheidungen nun auch noch verwaltungstechnische hinzukommen, sorgt man nicht nur für Unsicherheiten und Unzufriedenheiten in den Lehrerzimmern, sondern verspielt jedes Vertrauen in einen glaubwürdigen Prozess.

Unsere Klagen und Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern stehen auf der wissenschaftlichen Basis des nationalen Bildungsberichts 2024, der regelmäßig alle zwei Jahre den zuständigen Ministerien zur Verfügung gestellt wird. In diesem Bericht werden die gravierenden Mängel und Herausforderungen im deutschen Bildungssystem offengelegt. Viele Punkte, die wir als GEW einfordern, werden durch den nationalen Bildungsbericht 2024 untermauert. Zum Beispiel:

1. Die Zunahme der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem: Die soziale Herkunft bestimmt den Bildungserfolg
2. Die immer weiter steigende Quote der Schulabbrecher*innen

3. Der eklatante Lehrkräftemangel

4. Und die Investitionen in Bildung: Die zwar einerseits zugenommen haben, (46% in den vergangenen zehn Jahren) aber immer noch zu wenig sind, angesichts der wachsenden Bedürfnisse und Herausforderungen

5. Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns handlungsleitend! Und das sollte sie auch für die Landesregierung sein. Neben Chancengleichheit und Bildungsfinanzierung fordern wir den unbedingten Fokus auf Bildung und Demokratie. Die gesamtgesellschaftlichen Erosionstendenzen müssen uns eine ernste Warnung sein.. Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern muss von Generation zu Generation neu gelernt werden. Ohne Bildung keine Demokratie- ohne Demokratie keine Bildung!

„Bildung zu sichern und Demokratie zu stärken!“ Muss unser Ziel als Gesellschaft sein und hier hat Bildungspolitik eine ganz zentrale Rolle. Deshalb möchte ich hier einmal lobend erwähnen, dass Herr Wüst die Lehrkräfte bestärkt hat, gegen Rechts zu demonstrieren. Jetzt erwarte ich als nächsten Schritt das Bekenntnis, dass Schule kein neutraler Ort, sondern ein hochgradig parteiischer Ort ist- parteiisch für unsere Verfassung und unsere demokratischen Grundwerte. Wer gegen sie agiert, muss in Schule kritisiert werden dürfen! Gute Bildung ist die Voraussetzung zur gleichberechtigten Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit! Und das kann nur in einer Demokratie gelebt werden!

Wer also an Bildung spart, schwächt langfristig unsere Demokratie. Gerade in Anbetracht der gesellschaftlichen Destabilisierungstendenzen und der Zunahme extremistischer Tendenzen muss Bildung krisen- und zukunftssicher aufgestellt werden. Damit „Nie wieder!“ nicht nur ein Slogan bleibt, sondern unser aller Vermächtnis wird.

Vielen Dank!